

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt IHU

Was hinter dem KI-Märchen wirklich steckt: Tokenisierung, Technokratie und die Entmachtung des Bürgers.

Auszug aus einem TKP-Artikel von Dr. Peter F. Mayer

Es ist ein Projekt, das eine ganze Region zerstört — und die politischen „Verantwortlichen“ klopfen sich gegenseitig auf die Schultern. Während Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) sich im April noch mit einem „Googlhupf“ vor die Kameras stellte und von Tradition und Innovation redete, rollen auf 50 Hektar fruchtbarstem Ackerland längst die Bagger. 50 Hektar. Das ist kein Gewerbebetrieb — das ist industrielle Landnahme.



Und damit sind wir beim entscheidenden Punkt, den weder SPÖ noch ÖVP auch nur ansatzweise begreifen - oder begreifen wollen. Die offizielle Erzählung vom KI-Boom, der halt „Rechenleistung brauche“, ist die äußere Schicht eines weit tiefer reichenden Vorhabens. Wie TKP am 25. August detailliert dargelegt hat, sind diese **Rechenzentren** - ein riesiges davon ist aktuell in **Kronstorf im oberösterreichischen**

Traunviertel bereits im Entstehen - die materielle Infrastruktur für ein dreistufiges Projekt der totalen Kontrolle:

Erstens: Die Tokenisierung aller Vermögenswerte

Tokenisierung bedeutet, jeden physischen oder rechtlichen Vermögenswert - eine Aktie, eine Immobilie, ein Barrel Öl, einen Wald, einen Fischbestand, ja sogar Ihre

Arbeitsstunde - als digitalen Eintrag auf einer Blockchain abzubilden. Der Token ist dann der Vermögenswert selbst in digitalisierter Form: handelbar, übertragbar, in Echtzeit verfolgbar.

Das Ziel ist ein vollständig digitalisiertes Finanzsystem, in dem kein Vermögenswert - bis hinunter zur Fernbedienung auf Ihrem Couchtisch - ohne digitalen Zwilling existiert. Die DTCC (Depository Trust & Clearing Corporation) startet bereits im Oktober 2026 ihren Tokenisierungsdienst für Wertpapiere - mit BlackRock, JPMorgan und Dutzenden weiteren Instituten an Bord. Das Kronstorfer Rechenzentrum ist ein Baustein in genau dieser Architektur.

Zweitens: Das „Digitale Weltgehirn“

Die Serverfarmen liefern nicht nur Rechenleistung für KI, sondern die Daten- und Entscheidungsinfrastruktur für eine globale Notstandsregierung - ein Konzept, das der schwedische Forscher Jacob Nordäng als „Digitales Weltgehirn“ beschrieben hat. Klima-Governance, Pandemie-Response, Ressourcenverteilung: All das soll künftig nicht mehr von gewählten Parlamenten, sondern von KI-gestützten, privat betriebenen Systemen gesteuert werden.

Drittens: Die Privatisierung demokratischer Funktionen

Wie TKP bereits im Mai berichtete, werden KI-Rechenzentren zunehmend unter dem Deckmantel der „nationalen Sicherheit“ durchgepeitscht - Bürgerbeteiligung wird ausgeschaltet, Gemeinderäte marginalisiert. Die Blaupause, die Leslie Wexner, Jeffrey Epstein und ihre Netzwerke über vier Jahrzehnte in Ohio aufgebaut haben, wird nun global kopiert: vollständige Ersetzung demokratisch kontrollierter Institutionen durch privatwirtschaftliche

Aus dem Inhalt:

Island sagt Nein zur EU	Seite 2
EFTA: Alternative zur EU	Seite 5
Kriege und Tierleid	Seite 7
Aus unserer Arbeit	Rückseite

„Partnerschaften“, die Steuergelder ohne Rechenschaftspflicht umleiten. Die „Techno-Könige“ - Musk, Thiel und ihresgleichen - brauchen keinen Staatsstreich. Sie brauchen nur Rechenzentren, die ihnen niemand mehr streitig machen kann.

Die Rechenzentren sind die materielle Voraussetzung für alle drei Vorhaben. Ohne sie blieben die Pläne der Climate Governance Commission, der DTCC und der Technokraten aus dem Silicon Valley Papier. Mit ihnen werden sie zur Realität. Und Kronstorf ist ein Mosaikstein in diesem globalen Puzzle.

Was hier wirklich gebaut wird - die nackten Fakten

TKP hat in den vergangenen Wochen akribisch dokumentiert, was in Kronstorf entsteht. Auf 50 Hektar Betriebsbaugelände - fruchtbarstes Ackerland, das dauerhaft versiegelt wird - entsteht ein Hyperscale-Rechenzentrum, das bei Vollausbau bis zu **500 Megawatt Dauerleistung** ziehen soll. Das entspricht einem jährlichen Stromverbrauch von bis zu **4,4 Terawattstunden** - fast einem Drittel des gesamten oberösterreichischen Stromverbrauchs. Zum Vergleich: Ganz Österreich verbrauchte 2024 laut Energiebericht rund 14 TWh.

Für den Notstrombetrieb sind **140 Dieselgeneratoren** vorgesehen, mit Tanks für **650.000 Liter Diesel** - genug für einen einzigen fünfständigen Notstrombetrieb, bei

dem **32,6 Millionen Kubikmeter Abgase** mit mehreren Tonnen NOx über die Region geblasen werden. Die Kühlung verschlingt Millionen Liter Wasser täglich aus dem Uferfiltrat der Enns, das anschließend mit rund 30 °C zurückgeleitet wird - ein künstlicher Eingriff, der den Fluss vom natürlichen Lebensraum zum industriellen Kühlkanal degradiert.

Die gesundheitlichen Folgen für die Anrainer sind durch Studien belegt: **Infraschall** in Rechenzentrums-Nähe führt zu einer Verdreifachung von Unwohlsein und Augenreizung, +150 % Schwindel und +55 % Angstzuständen. Der **Wärmeinseleffekt** lässt die Bodentemperaturen um bis zu **9,1°C** ansteigen - spürbar bis in 10 Kilometer Entfernung, wobei in 7 Kilometern noch 70 Prozent der Maximalintensität gemessen werden. Die Abwärme - genug, um ganze Stadtteile zu heizen - wird ungenutzt in Luft und Wasser geblasen, weil im Bescheid schlicht kein Fernwärme-Gebot vorgesehen wurde. Und während Google Milliarden Gewinne einfährt, fließt die Kommunalsteuer ausschließlich an die Standortgemeinde Kronstorf - die niederösterreichischen Anrainergemeinden am anderen Ennsufer erhalten keinen einzigen Cent.

All das hat TKP in mehreren Artikeln detailliert aufbereitet - von der Analyse der regionalen Zerstörungswirkung über die behördliche Verantwortungsverweigerung bis zur erschütternden Dokumentation der

Notstrom-Dieselanlage.

Das Verfahren: UVP-Umgehung als politisches Programm

Dass ein Projekt dieser Dimension **keine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung** durchlaufen musste, ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis jahrelanger politischer Weichenstellungen, bei denen Rechenzentren schlicht nicht als UVP-pflichtige Vorhabenskategorie definiert wurden. Die ÖVP-Staatssekretärin Elisabeth Zehetner brachte es auf den Punkt: Man könne nicht „europäische Souveränität bei KI fordern und gleichzeitig jene Infrastruktur durch immer neue Hürden ausbremsen“.

Anders gesagt: Für Google gibt's den Freifahrtschein. Für die Anrainer gibt's den Infraschall.

Die Bezirkshauptmannschaft Linz-Land vermeldete stolz, es habe keine Beschwerden gegen die Gewerbe-genehmigung gegeben. Kein Wunder - die Betroffenen wurden nie umfassend informiert. Die Notstromversorgung mit 140 Dieselaggregaten wurde als „untergeordnete Nebenanlage“ mitgenehmigt. Das ist keine Verfahrensführung - das ist institutionalisierte Bürgerverarschung.

Dr. Peter F. Mayer,

gesamter Artikel siehe:
<https://tinyurl.com/3x6mk9ph>

Island: Dieser Sieg grenzt an ein Wunder

von Carl Baudenbacher, aus Islands Internetzeitung VISIR (Auszug)

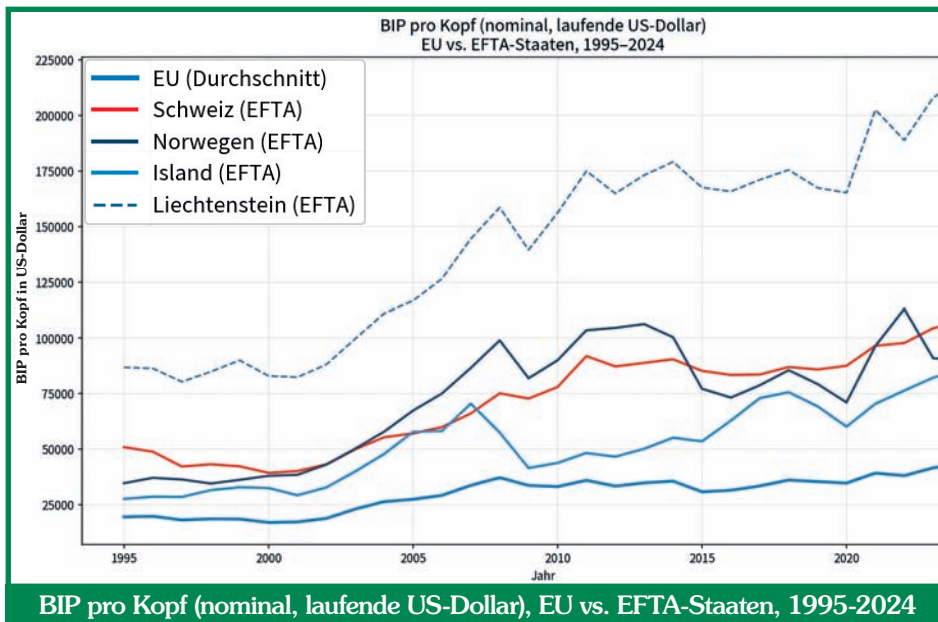
Nachstehend die deutsche Übersetzung des ausführlichen Textes von Carl Baudenbacher - aktuell ist sein Artikel auf Platz 1 unter „Mest lesið“ = Meist gelesene Kommentare in der meistgelesenen Internetzeitung Islands VISIR: <https://www.visir.is/g/20262928540d/island-thessi-sigur-jadrar-vid-kraftaverk>

Die „Nein“-Kampagne errang beim nationalen Referendum am 29. August 2026 einen unerwarteten Sieg, und das trotz eines Widerstands, der schier unüberwindbar schien. Die Regierung schien alle Trümpfe in der Hand zu halten: die Angst vor US-Präsident Donald Trump, hohe Zinssätze und das Argument, bei der Abstimmung gehe es nicht um die Mitgliedschaft an sich, sondern lediglich darum auszuloten, was die EU Island zu bieten habe – wobei die Wähler sich die Option vorbehielten, das Abkommen in einem

späteren Referendum abzulehnen. Die eigentlichen Fragen rund um die Mitgliedschaft wurden weitgehend ausgeklammert, mit Ausnahme der Fischereiwirtschaft. Stattdessen wurde ein geradezu idyllisches Bild der EU als Lösung für alle Probleme des Landes gezeichnet. Ein besonders wesentlicher Faktor war das Versäumnis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (RÚV), Neutralität zu wahren; stattdessen ergriff er offen Partei für die Regierung. Ähnliches spielte sich an der Universität von Island ab, wo ich einst als Gastprofessor tätig

war. Kurzfristig kündigte die Universität einen formellen Mietvertrag mit einem Professor, der einen Saal für meinen Vortrag gebucht hatte. Zahlreiche Professoren stellten sich ebenfalls auf die Seite der Behörden – ganz ähnlich wie in der Debatte um das Schweizer Vertragspaket.

Der Sieg ist mehr als nur eine flüchtige Erscheinung. Eine Mehrheit von 52,8 % stellt ein eindeutiges Ergebnis dar. Der Vertrag von Maastricht wurde in **Frankreich** mit einem weitaus knapperen Vorsprung gebil-



ligt, ohne dass die demokratische Legitimität des Ergebnisses infrage gestellt worden wäre. Das Resultat bestätigt, dass Island weiterhin einen Weg beschreitet, der wirtschaftliche Integration mit der Wahrung der Souveränität verbindet. Die EWR-Mitgliedschaft über die EFTA-Säule ist eine bewusst gewählte Alternative zur EU-Mitgliedschaft.

Die Regierung legte besonderes Gewicht auf Befürchtungen im Zusammenhang mit Donald Trump. Spekulationen über Grönland und Island – wie sie 2026 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos geäußert wurden – lieferten jedoch kein überzeugendes Argument dafür, dass Island seinen Kurs ändern und sich der EU annähern sollte. Je deutlicher die Stärke des „Nein“-Lagers in den letzten Tagen des Wahlkampfs zutage trat, desto nachdrücklicher wurde dieses Bedrohungsszenario propagiert. Die sicherheitspolitischen Argumente vermochten jedoch nicht zu überzeugen.

.....

Die Behauptung, bei dem Prozess habe es sich lediglich um eine Auslotung dauerhafter Ausnahmeregelungen gehandelt, die die EU Island hätte anbieten können, verschleierte die Tatsache, dass das Land damit bereits auf einen **politischen Kurs** gebracht worden war, von dem es nur schwer hätte abweichen können. Sobald Verhandlungen beginnen, steigen die Erwartungen, der Druck wächst und die politische Dynamik der Angelegenheit verändert sich. Die Erfahrungen mit der Schweiz zeigen, wie schwierig es sein kann, den Kurs zu ändern, wenn ein Staat erst einmal

einen bestimmten europapolitischen Weg eingeschlagen hat.

Darüber hinaus hätte eine EU-Beitrittskampagne eine endgültige Ablehnung erschwert. Erfahrungen aus anderen Fällen zeigen, dass die Union nicht nur sachliche Argumente vorbringt, sondern auch vor Isolation, Instabilität und einer **angeblichen Alternativlosigkeit** warnt. Institutionen, Regierungen, Medien, NGOs und Experten verbreiten immer wieder dasselbe Narrativ: Integration garantiere Frieden, Demokratie, Stabilität, gemeinsame Werte und Fortschritt, während Skepsis leicht als rückwärtsgewandt abgetan werde. Tatsächlich war eine solche Kampagne bereits im Gange; Guy Verhofstadt, der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, ging sogar so weit, die EU als „Reich des Guten“ zu bezeichnen.

Professoren führen die bekannten Standardargumente an, wonach Island endlich einen Platz am Verhandlungstisch der Union erhalten sollte: Da das Land ohnehin verpflichtet sei, EU-Vorschriften über den EWR zu übernehmen, müsse es auch an der Entscheidungsfindung beteiligt werden. **Eine formelle Beteiligung an den Entscheidungen in Brüssel garantiert einem kleinen Staat jedoch keinen wirklichen Einfluss.** Ein Sitz im Rat, einige Abgeordnete im Europäischen Parlament und womöglich ein Kommissar würden kaum die Verluste aufwiegen, die Island in den Bereichen Fischerei, Landwirtschaft, Geldpolitik, Außenhandel und institutionelle Unabhängigkeit hinnehmen müsste. Ein Nach-

teil des EWR-Abkommens besteht darin, dass Island nur begrenzten Einfluss auf die Entscheidungsfindung hat. Eine EU-Mitgliedschaft würde zwar gewisse Mitentscheidungsrechte gewähren, doch der Preis dafür wäre ein **Souveränitätsverlust** in für das Land lebenswichtigen Bereichen.

Von Anfang an spielte die Fischerei eine zentrale Rolle in der isländischen Debatte. Die Kontrolle über die Fischereiressourcen ist nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung, sondern ein wesentlicher Bestandteil der nationalen Souveränität. Ein Votum für den Beitritt hätte die Frage aufgeworfen, in welchem Umfang die Kontrolle über Fangquoten und Meeresressourcen auf die Gemeinsame Fischereipolitik der EU übergegangen wäre.

Auch innerhalb des **Agrarsektors** gibt es erheblichen Widerstand gegen einen EU-Beitritt. Kleinproduzenten und landwirtschaftlich geprägte Gemeinden wären einem **verschärften Wettbewerbsdruck** ausgesetzt. Zudem würden Entscheidungsbefugnisse in den Bereichen Fördersysteme, Produktionsstandards und Ernährungssicherheit zunehmend den isländischen Behörden entzogen. Für ein kleines Land mit besonderen geografischen und klimatischen Bedingungen sind diese Aspekte von großer Bedeutung.

Auch **Währungsfragen und Risiken im Außenhandel** spielten eine Rolle. Ein schwacher Euro erschien wenig attraktiv. Die eigene Währung – und die damit einhergehende Abwertung – trug dazu bei, dass sich Island nach dem Zusammenbruch des Bankensystems im Jahr 2008 schneller erholte als beispielsweise Irland, das der Eurozone angehörte. Die strategisch wichtige Lage des Landes in der Arktis sowie das Freihandelsabkommen mit China erklären, warum Island nicht bereit ist, diese Flexibilität aufzugeben.

Ein weiterer Nachteil einer EU-Mitgliedschaft wäre der Verlust der EFTA-Säule, die aus der EFTA-Überwachungsbehörde und dem EFTA-Gerichtshof besteht. Diese Säule ermöglicht es den EWR/EFTA-Staaten, ihre Interessen im Rahmen ihres eigenen institutionellen Gefüges zu wahren. Im Icesave-Urteil von 2013 schützte der EFTA-Gerichtshof Island vor Forderungen in Milliar-

denhöhe – ungeachtet des Drucks seitens der Europäischen Kommission, des Vereinigten Königreichs und der Niederlande. Der Gerichtshof wies die von der EFTA-Überwachungsbehörde vorgebrachten Klagen ab und befand, dass der isländische Staat nicht verpflichtet sei, aus öffentlichen Mitteln Entschädigungen an ausländische Einleger der insolventen Landsbanki zu zahlen. Der Fall verdeutlichte somit den **wahren Wert der EFTA-Säule**: Ein unabhängiges Gericht entschied die Angelegenheit auf rechtlicher Grundlage, ungeachtet des politischen Drucks seitens der EU.

Die Debatte über die von der EU geplante Überwachung privater Kommunikation – bekannt als „**Chatkontrollen**“ – dürfte maßgeblich dazu beigetragen haben, jüngere Wähler ins „Nein“-Lager zu bewegen. Im Mittelpunkt stehen dabei die digitale Freiheit, die Privatsphäre und das Ausmaß staatlicher Befugnisse zur Überwachung privater Kommunikation. Umfragen zufolge beabsichtigten **rund 60 % der Wähler im Alter von 18 bis 29 Jahren**, gegen den Vorschlag zu stimmen. Zudem stellten junge Menschen einen Großteil der engagiertesten Freiwilligen im „Nein“-Lager und prägten das Bild am Wahltag entscheidend mit. Dies zeigt, dass das „Nein“ nicht aus Nostalgie motiviert war, sondern aus dem Glauben an die eigene Zukunft.

Während Veranstaltungen des „Ja“-Lagers oft von übermüdeten Akademikern und sozialistischen Politikern dominiert schienen, wurde die „Nein“-Kampagne von **jungen Menschen und Vertretern der Arbeitnehmerschaft** getragen – Menschen, die genug von Steuern, Bevormundung und Bürokratie haben und ihre Zukunft in den Bereichen Hochtechnologie und Informationstechnik sehen.

.....

Erfahrungen aus Norwegen zeigen, dass eine Anbindung an den europäischen Energiemarkt dessen Preisvolatilität auf den heimischen Markt übertragen kann. Für Island könnte dies erhebliche Folgen haben, da **niedrige und stabile Strompreise** einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil darstellen. Einem kleinen Land wie Island bringt daher eine engere Anbindung an eine europäische Energiepolitik, die Energie-

sicherheit, Preisstabilität und industrielle Wettbewerbsfähigkeit untergraben hat, nur begrenzten Nutzen.

Das Ergebnis des Referendums ist auch eine gute Nachricht für **Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz**. Es stärkt das politische Fundament der EWR/EFTA-Säule im Hinblick auf Norwegen und Liechtenstein. In der Schweiz – wo die EFTA nicht immer die ihr gebührende Anerkennung findet – zeigt das Ergebnis, dass es **tragfähige und robuste europäische Alternativen zur EU-Mitgliedschaft** gibt. Die Bemühungen der EU, diese eigenständige Säule der europäischen Zusammenarbeit zu schwächen, zeugen von einem Mangel an strategischer Weitsicht.

.....

Die Art und Weise, wie das Ergebnis des isländischen Referendums beschrieben wird, ist bemerkenswert. Obwohl 52,8 % der Wähler gegen den Vorschlag stimmten, wird das Resultat häufig als „knapp“ bezeichnet. Dies legt nahe, dass die Abstimmung nicht das letzte Wort darstellt und das Ergebnis womöglich später korrigiert werden müsste. Diese Interpretation ist auf eigenartige Weise widersprüchlich. Als **Schweden** 1994 mit 52,3 % der Stimmen dem EU-Beitritt zustimmte, galt dies als hinreichend klares demokratisches Mandat. Wenn Island hingegen die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit 52,8 % der Stimmen ablehnt, wird einer vergleichbaren – und sogar größeren – Mehrheit plötzlich weniger Gewicht beigemessen.

Auch die Betonung der Tatsache, dass eine Mehrheit der Wähler im Großraum der Hauptstadt mit „Ja“ gestimmt hat, dient einem ähnlichen Zweck. Sie schwingt mit der Unterstellung einher, dass gebildete Stadtbewohner „richtig“ gewählt hätten, während Fischer, Landwirte und die ländliche Bevölkerung nicht begriffen hätten, was die Zukunft in Europa erfordere.

.....

Die EFTA-Säule ist nicht bloß eine Erweiterung des institutionellen Rahmens der EU. Der EFTA-Gerichtshof ist ein unabhängiges Gericht und steht in keiner rechtlichen Hierarchie unter dem Gerichtshof der Europäischen Union. Zudem greifen seine Rechtsgutachten weniger stark in die Souveränität der Mitgliedstaaten ein

als die verbindlichen Vorabentscheidungen des Gerichtshofs innerhalb der EU-Säule. Überdies wird kaum über die **zunehmende Politisierung** der Europäischen Kommission und die immer extensivere Auslegung des Unionsrechts durch den Gerichtshof gesprochen. Wer den Fall Island ernst nimmt, muss daher nicht nur die weitere EU-Erweiterung erörtern, sondern auch die institutionellen Einschränkungen, die eine Mitgliedschaft für kleine Staaten mit sich bringt.

Island stellt zudem die in Brüssel verbreitete, bequeme Annahme infrage, dass die EU-Mitgliedschaft und die Einführung des **Euro** das unvermeidliche wirtschaftliche Ziel für europäische Nationen seien. Das Land ist Teil des Schengen-Raums, des EWR und der EFTA, bleibt aber ein **souveräner Staat mit eigener Währung**.

Daraus ergibt sich eine naheliegende Frage: Wenn ein kleiner, wohlhabender und demokratischer Staat außerhalb von EU und Eurozone florieren kann, worin läge dann der wirtschaftliche Nutzen einer Mitgliedschaft?

Die Kampagne im Vorfeld des nationalen Referendums war daher keine abstrakte Debatte über Europa, sondern ein Prüfstein für die Versprechen der EU. Die Union wurde als Lösung für praktisch jedes Problem dargestellt, doch eine derartige Überhöhung weckte bei vielen Wählern Misstrauen. Übermäßige Regulierung, eine ideologisch geprägte Klimapolitik, Skandale, Eingriffe in die Meinungsfreiheit, die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands und Frankreichs, ungelöste Fragen der Einwanderung sowie eine zunehmende Tendenz zur Zentralisierung machten die EU nicht zu einer attraktiven Option. Letztlich wurde der Schritt in die EU nicht aus Engstirnigkeit oder Isolationismus abgelehnt, sondern auf der Grundlage einer **wohlüberlegten Abwägung von Kosten und Nutzen** – und weil die Isländer ihre Entscheidungsgewalt über die eigene Zukunft nicht an Brüssel abtreten wollten.

**Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol.
h.c. Carl Baudenbacher**

Kontakt:

<https://baudenbacher.law/members/prof-dr-dr-carl-baudenbacher/>

Die EFTA-Mitgliedschaften als Option für Österreich

Beitrag zur 3. Neutralitätskonferenz der NFÖ am 25.4.26 in Wels

von Univ.Prof. Dr. Thomas Henökl

Sollte mittelfristig ein EU-Austritt Österreichs mehrheitsfähig werden, dann muss kein Sturz der Republik in ein tiefes, schwarzes Loch befürchtet werden. Österreich könnte gegebenenfalls um Mitgliedschaft bei der EFTA (Europäische Freihandelsassoziation, mit den Mitgliedern Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz) ansuchen und bei dieser aller Wahrscheinlichkeit nach Aufnahme finden.

Was sind die Unterschiede zwischen EU und EFTA?

Die EU ist überstaatlich (supranational) und multithematisch, i.e. beansprucht Gesetzgebung und Umsetzung für so gut wie alle Politikbereiche. Die EFTA ist monothematisch und beschränkt sich auf Freihandel zwischen ihren Mitgliedstaaten.

Die EU ist überstaatlich mit Verschränkung von politischen, ökonomischen und administrativen Kompetenzen, wobei die meisten Entscheidungen mit relativer Mehrheit beschlossen werden. Die EFTA ist konsensorientiert und trifft Entscheidungen nach dem Einstimmigkeitsprinzip.

Die EU ist eine Zollunion, die EFTA ist keine Zollunion, dies bedeutet, dass EFTA-Mitgliedstaaten ihre eigene Handelspolitik mit Drittstaaten haben. In der EU ist die Handelspolitik ein supranationaler Kompetenzbereich, Zölle mit Drittstaaten werden gemeinschaftlich festgelegt.

Die EU sieht als ihr Endziel, der immer engeren Union („ever-closer Union“), einen föderalen Superstaat. Die EFTA hat keine solchen Absichten und beschränkt sich auf ihre Kernaufgabe, nämlich Freihandel zwischen souveränen Staaten.

Der 1972 ausgehandelte Freihandelsvertrag zwischen der EWG und der EFTA ermöglicht allen EFTA-Staaten den Marktzugang zu den EWG-Staaten und umgekehrt.¹ Dieser gilt zwischen der EFTA und der heutigen EU weiterhin.

Mit der Einheitlichen Europäischen

Akte (EEA)² und den später folgenden Vertragswerken (Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon) trat die EWG 1986 in den Dienst der amerikanischen und europäischen Großkonzerne. Die EU wurde deren treuer Erfüllungsgehilfe. Sie sollte die Globalisierung und den Neoliberalismus in Europa durchsetzen und zusammen mit den USA weltweit vorantreiben. Der freie Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen ist die oberste, den nationalen Verfassungen übergestülpte Maxime („4 Grundfreiheiten“).³

Die EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen wählten den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) als Form einer engen Zusammenarbeit mit der EU. Dafür müssen die EWR-Staaten Regeln und Gesetze des gemeinsamen Marktes und die 4 Freiheiten übernehmen und finanziell zum EU-Haushalt beitragen.

Die Schweiz hat den Freihandelsvertrag von 1972 in den nächsten Jahren ergänzt durch zahlreiche weitere Verträge aus dem Dienstleistungsbereich – zum Beispiel mit dem grossen Versicherungsvertrag von 1989.⁴

Die Schweiz hat einen Sonderstatus und regelt ihr Verhältnis mit der EU mit den Bilateralen Verträgen, die der Schweiz selektiven Zugang zum Binnenmarkt ermöglicht und im Gegenzug sektorale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU vorsieht.

Abgesehen von gelegentlichen Drohgebärden seitens der EU-Spitze gegen EFTA-Staaten hat sich der aktuelle Vertragszustand seit Jahrzehnten bewährt. Das hindert die Regierungen der Schweiz, Norwegens, vom Fürstentum Liechtenstein und von Island aber nicht, im Verband mit den pro-EU Lobbys eine weitere Annäherung an die EU in die Wege zu leiten, wohlwissend, dass sie vom Volk keinen Auftrag dafür haben.

EU und EFTA führen die Verwaltung unterschiedlich aus

Während der Aktionsradius der EFTA

klar umrissen ist, hat sich in der EU schon seit Jahrzehnten das Phänomen einer zunehmenden Zentralisierung und Bürokratisierung breit gemacht. Die Vergemeinschaftung immer neuer Politikbereiche führt zu einer schleichenden Kompetenzerweiterung auf supranationaler Ebene, insbesondere der europäischen Kommission. Darüber hinaus hat auch eine Verwaltungsverschränkung stattgefunden. Hiermit ist die enge, direkte Zusammenarbeit zwischen EU-Organen (Kommission und Agenturen) mit verschiedenen administrativen Strukturen der Mitgliedstaaten (Ministerialverwaltungen, Ämter, Behörden) gemeint. Auch die Entsendung von nationalen Beamten in den EU-Apparat trägt zu dieser Verwaltungsverschränkung bei. Zudem etablierten sich Netzwerke zwischen der nationalen und der EU-Ebene. Ein Beispiel dafür ist EUPAN (EU-Verwaltungsnetzwerk), das dem Austausch von guten Praktiken („best practices“) oder das sanfte Anstoßen von EU-freundlichen Veränderungen („nudging“). Solche Phänomene gibt es bei der EFTA nicht.

Diese unübersichtlichen Verschränkungen werden schönfärberisch als „Mehrebenensystem“ bezeichnet. Interessant sind in diesem Zusammenhang die EU-Agenturen („agencies“, auch als Behörden bezeichnet). Bei diesen handelt es sich um nachgeordnete administrative Einheiten der EU-Kommission. Bei den insgesamt 52 Behörden mit rund 13000 Mitarbeitern (summa summarum beschäftigt die Kommission über 60.000 Beamte und Vertragsbedienstete) unterscheidet man „regulative und exekutive“ Agenturen;

- Regulative Behörden dienen dazu, die Gesetzgebung auf EU-Ebene maßgeblich vorzubereiten und sowohl der Kommission als auch den Mitgliedstaaten beratend zur Seite zu stehen (z.B. die EU-Arzneimittelbehörde, das EU-Zentrum für Seuchenkontrolle, oder EU-Chemikalien Agentur);

- Exekutivbehörden sind direkt für die Umsetzung für EU-Beschlüsse ver-

¹ <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2012/nr5-vom-3012012/das-europaeische-orchester-wieder-zum-klingen-bringen>

² https://de.wikipedia.org/wiki/Einheitliche_Europ%C3%A4ische_Akte

³ <https://tinyurl.com/mv3d7k8x>

⁴ <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2012/nr5-vom-3012012/das-europaeische-orchester-wieder-zum-klingen-bringen>

⁵ Mit «Pro-Kopf-BIP» wird die Wirtschaftsleistung pro Kopf gemessen. Die EFTA-Staaten liegen über dem Durchschnitt in der EU: Norwegen erreicht 160 %, die Schweiz 151 % und Island 131 % des EU-Durchschnitts. Quelle: <https://tinyurl.com/5xutbr8p> und <https://tinyurl.com/2utunjsm>

antwortlich, wie etwa FRONTEX (Schutz der EU-Außengrenzen), die Behörde gegen Geldwäsche und Finanzierung von Terrorismus, oder der Europäische Auswärtige Dienst.

Die Agenturen arbeiten eng mit den entsprechenden nationalen Behörden zusammen. Überall gibt es einen Mix nationaler Abordnungen und zentral rekrutierter Mitarbeiter, und die Behörden sind untereinander vernetzt. Diese Konstellation ermöglicht eine Verzahnung nationaler und supranationaler Verwaltung, schleicht sich an den nationalen parlamentarischen Kontrollorganen vorbei und trägt maßgeblich zum Verlust nationalstaatlicher Souveränität bei. All dies ist bei der EFTA unmöglich, die Souveränität der Mitgliedstaaten bleibt vollständig gewahrt. Wir sehen hier ein Paradebeispiel, wie wichtige Grundlagen des nationalen Rechtsstaates, wie Föderalismus, Subsidiarität und Mitbestimmung durch Bürger und Parlamente, ausgehebelt werden.

Eingriffe in die Mitgliedstaaten sind in der EFTA nicht möglich

Ein anderer Bereich betrifft die EU-Gesetzgebung, welche immer stärkere repressive und autokratische Züge annimmt. Ein Beispiel hierfür ist der „Digital Services Act“ (die Regulierung von Digitaldiensten), der den Rechtsrahmen zur Überwachung auf digitalen Plattformen bildet. Zusammen mit der digitalen Identität (digital ID), welche die Kommission vorantreibt, können alle Bürger zu jeder Zeit bei ihren Tätigkeiten im Netz überwacht werden und müssen eventuell mit repressiven Maßnahmen rechnen.

Oder der „Freedom of Speech Act“ (Gesetz zur Redefreiheit), das tatsächlich eine Orwell'sche Verkehrung in sein Gegenteil darstellt, also ein Gesetz zur Einschränkung der Redefreiheit. Es schafft die Grundlage für die Sanktionierung von kritischen Stimmen, wie Jacques Baud, Nathalie Yamb und Xavier Moreau. Die Begründung dafür ist, dass es sich um die Äußerung von „gefährlichen“ Meinungen und solchen, die „das Gemeinwohl gefährden“, handelt. Es stellt sich die Frage, wer in diesem Zusammenhang „gefährlich“ und „Gemeinwohl“ definiert. Dieser Rechtsrahmen öffnet der Überwachung und Bestrafung der Bürger Tür und Tor, eine Entwicklung, die im EFTA-Rahmen völlig undenkbar wäre. Darüber hinaus

plant die Kommission, den Bürgern Konten im Ausland zu verbieten, um sich hernach Zugriff auf die Ersparnisse der Menschen zu verschaffen.

Die EU verwandelt sich immer mehr in ein neofeudalistisches System, bei dem die Brüsseler Beamenschaft die Fäden zieht. Zur Festigung der Macht der EU und ihrer Verwaltungs-Oligarchie will Ursula von der Leyen einen europäischen Nachrichten- oder Geheimdienst schaffen – was bis vor 10 Jahren noch ein absolutes Tabu war. Das supranationale Super-Spionage Netzwerk markiert klar den Übergang zu einem totalitären, machtusurpierenden System, das sich alles unterordnen will. Die gegenwärtige EU misstraut ihren Bürgern, hat Angst vor ihnen, Angst vor der Demokratie, denn die Brüsseler Verwaltungselite weiß genau um ihre prekäre Lage. Die EU ist ein Koloss auf tönernen Füßen. Ein oder zwei weitere Ausritte wären ihr Ende; oder ein gesamt-europäischer Bauernaufstand.

Und was macht die Österreichische Bundesregierung?

In Österreich verwechselt man gerne Demokratie mit einer Deppokratie, wo gerade die Unfähigsten herrschen. Die regierende Dreierkoalition ist ein gutes Beispiel dafür, wo jeder genau das macht, was er nicht kann. Und jeden Tag werden neue Torheiten in Gesetzestext gegossen. Nehmen wir zum Beispiel die Spritpreissbremse. Eine völlig nutzlose Maßnahme, eine Alibi-Aktion, die dem Bürger vorgaukelt, die Regierenden würden sich der Interessen der Bevölkerung annehmen. In Wahrheit kümmert sie dies einen feuchten Kehrriech. Im Gleichschritt mit der EU nehmen sie sich lieber der Probleme der Ukraine an, obwohl ein neutrales Land sich aus den finsternen Zielen und Agenden einer kriegführenden Partei heraushalten sollte.

Einer immer übergreifigeren und repressiveren EU antwortet die Regierung nicht mit Protest, sondern fügt sich unterwürfig dem Brüsseler Diktat. Sie bürgt für Milliarden-Darlehen und beschließt aus dem Stegreif weitere Ukraine-Hilfsgelder, die dann in den Kiever Korruptionskanälen versickern. Die katastrophale Ukraine-Strategie, an der die EU blind und starrsinnig festhält – mit täglich neuen kriegstreiberischen Exzessen und russophoben Schuldzuweisungen – reißt den ganzen Kontinent in

den Abgrund. Die massive Aufrüstung der Mitgliedstaaten und die fortwährende konstruierte Bedrohung durch Russland geben Zeugnis davon. Wir sind auf dem Weg zu einer Kriegs- und Kontrollunion. Wird Österreich auch hier in der Gleichschaltung der EU mit dabei sein, anstatt sich an der Schweiz zu orientieren oder im Verband mit anderen mitteleuropäischen oder gemäßigten Staaten seine nationalen Interessen zu wahren?

Fazit

Die erwähnten Formen der Zentralisierung und Repression durch die Brüsseler Bürokratur berühren direkt und unterwandern auf vielfältige Weise die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten. Österreich kann sich dieser Tendenz nicht entziehen und trägt sogar Politiken mit, die mit seinem Status als neutrales Land unvereinbar sind. Die EFTA bietet eine Alternative, mit welcher all die problematischen Aspekte der EU-Autokratie vermieden werden könnten. In starkem Gegensatz zur EU ist die EFTA auf ihre Aufgabe als Freihandelszone fokussiert und hat keinerlei Ambition, zu einer politischen Union oder gar zu einem Super-Staat zu avancieren. Das schlanke EFTA-Budget würde der Republik auch die horrenden Beitragszahlungen und die Mitfinanzierung der Ukraine ersparen. Im Fall eines österreichischen EU-Austritts wäre eine EFTA-Mitgliedschaft die zu bevorzugende Option. Die vier EFTA-Staaten weisen einen sehr hohen Wohlstand⁵ auf, pflegen über Freihandelsabkommen einen intensiven Handel mit der EU, verzichten aber auf die politische Union und folgen einem von der EU unabhängigeren Weg.

zum Autor:

Dr. Thomas Henökl ist seit 2017 als Professor für Europäische und internationale Politik an der Universität Agder in Norwegen tätig.

Zuvor arbeitete er in verschiedenen europäischen Institutionen, darunter 5 Jahre lang in der Europäischen Kommission, GD Außenbeziehungen, sowie am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Bonn.

Henökl studierte Politikwissenschaft und Völkerrecht in Innsbruck (LFU), Paris (Sciences-po) und Tokio (ICU). In seiner Doktorarbeit (2014) untersuchte er das Innenleben und die Funktionsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes.

Kriege und Tierleid

von Dr. Franz-Joseph Plank, Obmann ANIMAL SPIRIT

Das ist ein schier unendliches Thema, das in den Mainstream-Medien tunlichst „tot“ geschwiegen wird. Man kann also immer nur erahnen, wie viele Tiere als „Kollateralschäden“ umgekommen sind, wenn wieder einmal irgendwo in den zahlreichen Kriegsschauplätzen weltweit eine Bombe, Rakete, Granate oder Drohne eingeschlagen ist und dabei dutzende oder hunderte Menschen ermordet wurden. Man kann nur mutmaßen, daß dabei wohl mindestens 10-100 x so viele unschuldige Tiere (Haus-, Nutz- und/oder Wildtiere) ums Leben gekommen bzw. schwerst verletzt wurden. Eine offizielle Schätzung gibt es lediglich für „Nutz“tiere im Ukraine-Krieg: Nach Angaben der ukrainischen Regierung und Tierschutzorganisationen sind seit dessen Beginn im Februar 2022 **mehr als 6 Millionen „Nutz“tiere** (vor allem Geflügel, Schweine und Rinder) **gestorben**. Diese Zahl umfaßt bestätigte Verluste in landwirtschaftlichen Betrieben und dürfte eher eine Untergrenze sein. Die Zahl der **Wildtiere bzw. Meeressäuger** dürfte in die mehrstelligen Millionen gehen.

Es werden im heißen Krieg **unzählige Haustiere einfach zurückgelassen**, „Nutz“tiere – meist hilflos angekettet oder eingesperrt – verhungern oder verdursten, wenn Menschen aus den Kriegsgebieten, die ja allesamt bewohnt sind bzw. waren, flüchten müssen und Wildtiere verlieren durch Bombardierungen und Zerstörung ihren Lebensraum. Zusätzlich werden viele Tiere verletzt, getötet oder geraten durch Lärm, Feuer und Umweltverschmutzung in Streß und Panik.

Daß sich die **Mainstream-Medien** darüber größtenteils ausschweigen, ist leicht zu durchschauen: Die von den kriegshetzenden Politikern abhängigen Hofberichterstatter wissen natürlich ganz genau, daß die DurchschnittsbürgerInnen noch wesentlich emotionaler reagieren würden, wenn sie in TV- oder Zeitungsbildern schwer ver-

letzte, blutende, hilflos schreiende oder tote Tiere sehen würden. Schon die hin und wieder zu sehenden schwerst beladenen kleinen Eselchen, die im **israelischen Terrorkrieg gegen die Palästinenser** im Gazastreifen andauernd schwerste Lasten zwischen dem Erdboden gleichgemachten Betonruinen schleppten, weil andauernd wieder neue Regionen zu Angriffszielen erklärt wurden, waren schwer zu ertragen.

Die genaue Zahl der im Israel-Gaza-Krieg getöteten Tiere ist also unbekannt. Berichte von UN- bzw. Tierschutz-Organisationen zeigen jedoch, daß ein Großteil der Nutztiere in Gaza verendet ist und auch Haus-, Zoo- und Wildtiere schwerst betroffen sind. Einige Schätzungen gehen davon aus, daß **bis Ende 2025 rund 97 % des Tierbestands in Gaza getötet** wurde bzw. auf grausame Weise „verendet“ ist.

Während über die von den (wie in den meisten Fällen) USA und/oder Israel begonnenen Kriege bzw. Kriegsoffer meist dezent geschwiegen wird, findet man über den seit 4,5 Jahren tobenden Ukraine-Krieg (der ja letztlich auch vom „Werte“-Westen provoziert wurde, siehe Maidan-Putsch 2014) doch einige Berichte über das Tierleid im Internet.

Krieg und Zerstörung hinterlassen also ihre Spuren vor allem bei Haus- und Hoftieren, die eng mit den Menschen verbunden sind. Sterben oder fliehen ihre Besitzer, steigt die **Streunerpopulation** verwaister Haustiere rapide an. Auf sich gestellte Hunde und Katzen sind besonders anfällig für Krankheiten, bei vielen zeigen sich posttraumatische Belastungsstörungen.

„Nutz“tiere wie Kühe, Pferde oder Schweine verlieren ihr Leben oft auf grausame Weise durch Beschuß ihrer Stallungen oder Landminen. Dramatisch ist auch die **Lage für Wildtiere**. Viele verlieren ihre angestamm-

ten Lebensräume, gleichzeitig konkurrieren sie mit Menschen um Nahrung, Wasser und Obdach. Da viele Maßnahmen zum Tier- und Umweltschutz in Kriegszeiten eingestellt werden, nehmen auch Wilderei und Wildtierhandel zu. Und vielen Zootieren droht der Hungertod, bzw. können sie sich nach der Auswilderung durch fliehendes Pflegepersonal in freier Wildbahn nicht mehr selbst versorgen.

Und natürlich leidet auch **die Natur** unter den zerstörerischen Kriegen: Wälder brennen, Gewässer werden verschmutzt und ganze Ökosysteme geraten aus dem Gleichgewicht. Dadurch werden Wildtiere ihrer Heimat beraubt bzw. finden keine Nahrung und keinen Schutz mehr.

Tierschutzorganisationen und freiwillige Helfer versuchen, Tiere aus Kriegsgebieten zu retten, medizinisch zu versorgen und ihnen ein neues Zuhause zu geben. Dennoch können sie nur einem Teil der betroffenen Tiere helfen.

Niemand der normalen Menschen will Krieg, denn Kriege zeigen, daß ihre Folgen weit über die Menschen hinausreichen. Sie zerstören Leben, Lebensräume und die Artenvielfalt. Deshalb ist Frieden nicht nur für die Menschen, sondern auch für den Schutz der Tiere und der Umwelt von essentieller Bedeutung. Von Kriegen profitieren nur einige wenige Promille der Menschheit in den Rüstungskonzernen bzw. deren Aktionäre, sowie die derzeit reGIERenden gewissenlosen Politiker (v.a. im sog. „Werte“-Westen bzw. in der EU), die ja letztlich nichts anderes sind als Marionetten der im Hintergrund agierenden Geheimgesellschaften, Globalisten und Akteuren des digital-finanziellen Komplexes.

Dr. Franz-Joseph Plank,
Obmann ANIMAL SPIRIT,
3053 Laaben,
www.animal-spirit.at

ihu@a1.net - www.heimat-und-umwelt.at

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, 36. Jahrgang, Folge 3, September 2026

ZulassungsNr. "SP20Z042089S", Druck: Hannes Schmitz, 3400 Klosterneuburg, Impressum: Medieninhaber/Herausgeber/Verleger: **Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 0664/489 37 97 oder 0677/643 541 01, ihu@a1.net**
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 16.09.2026, **Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: BAWAATWW**

Aus unserer Arbeit

Einer der wichtigsten Schwerpunkte unserer Arbeit war und ist die **Erhaltung bzw. Wiedergewinnung der immerwährenden Neutralität Österreichs**. Immer wieder nehmen wir an einschlägigen Aktionen daran teil, wie aus nebenstehendem Schnappschuß anlässlich einer Info-Stand-Kundgebung in Linz ersichtlich.

Am 3. September 2026 kurz nach der Volksabstimmung in Island veranstalteten IHU und CFU (Christlich Freisinnige Union) mit Unterstützung der NFO eine **Pressekonferenz in Wien** zu diesem für die gesamte EU-Austrittsbewegung in mehreren Ländern Europas so wichtigem Ergebnis der **direkten Demokratie**. Sie können die gesamte Pressekonferenz live auf youtube verfolgen unter folgendem Link:

<https://rb.gy/nq31cj>

Island hat sich in einer demokratischen Entscheidung gegen die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen entschieden. Was bedeutet dieses Signal für Österreich? Mag. Christian Ebner von der Christlich Freisinnigen Union (CFU) und Inge Rauscher von der Initiative Heimat & Umwelt (IHU) sprechen über die Unterschiede zwischen EU und EFTA, den Verlust nationaler Souveränität, Österreichs Neutralität und die wirtschaftlichen Folgen der EU-Mitgliedschaft. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob ein Öxit für Österreich ein Weg zu mehr Selbstbestimmung sein könnte –



Von rechts bis links: Dipl.Ing. Daniel Jenny, Bundesobmann von „Neutrales Freies Österreich“, seine Gattin Claudia, Renate Zittmayr, Josef Ziegler und Inge Rauscher.

und wie ein solcher Austritt konkret über EFTA, Freihandel und direkte Demokratie gestaltet werden könnte. Auch das EU-Austrittsvolksbegehren von 2015, der Brexit, EU-Sanktionen, Landwirtschaft, Migration und die nächsten politischen Schritte der CFU werden thematisiert.



Im heurigen Frühjahr setzten sich mehrere verdiente Aktivisten der IHU und der WEGWARTE einmal zusammen, um über diverse Stationen der inzwischen über 38 Jahre andauernden Arbeit unserer Initiative in einem lockeren Gespräch untereinander eine erste **Bilanz** zu ziehen über das bisher Erreichte und über **unsere gesamte Philosophie**, warum wir das überhaupt tun. Was ist in diesen Jahren

gelaufen und wo stehen wir heute?

Von diesem Gespräch wurde ein Video mit Auszügen daraus produziert, das Sie ebenfalls gerne auf youtube einsehen können. Wir denken, daß dieses vor allem für unsere **neueren Leser** interessant ist, die unsere Vorgeschichte kaum kennen, sowie für **junge Menschen generell**, die sich heute gar nicht mehr vorstellen können, wie schön unser aller Leben in Österreich vor dem EU-Beitritt war und daß dieser nicht auf ewig bestehen bleiben muß. **Die EU ist kein Naturgesetz!** Zum Video-Link:

<https://rb.gy/4s00gq>

= Gesprächsrunde mit Inge Rauscher zum Werdegang und zu den Aktivitäten der IHU.

Die WEGWARTE wird seit 36 Jahren ohne Subventionen und ohne Parteien- oder Firmeninserate herausgegeben und erstellt von ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeitern. Ermöglicht wird das durch Kostenbeiträge aller Spender, wofür wir sehr herzlich danken. Wir hoffen, daß noch viele weitere Spender dazukommen, um unsere Arbeit in verstärktem Ausmaß fortsetzen zu können (siehe beiliegenden Zahlschein).